



Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Rita Süßmuth

**Eine zukunftsorientierte
Zuwanderungspolitik
für den Standort Deutschland**

-

**die wichtigste Ressource
nachhaltig sichern**

**Festrede
anlässlich
der Hauptversammlung und
des 50-jährigen Jubiläums
des Bundesverbandes Deutscher
Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademien
in Göttingen
16. September 2004**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich nehme diese Gelegenheit sehr gerne wahr, zu Ihrer Hauptversammlung, insbesondere aber auch zu Ihrem 50-jährigen Jubiläum zu sprechen. Denn ganz abgesehen davon, dass ich in meiner beruflichen und politischen Biografie sehr stark den Themen der Bildung und insbesondere auch der Fort- und Weiterbildung verbunden bin: Ich glaube, dass wir in unseren jeweiligen Arbeitsschwerpunkten in gewisser Weise an einem gemeinsamen großen Projekt arbeiten. Und ich will dieses große Thema gleich zu Beginn ganz klar benennen, auch wenn es dem ein oder anderen unbescheiden erscheinen mag: Wir arbeiten im Kern unseres Tuns für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland. Lassen Sie mich kurz skizzieren, warum ich diese anspruchsvolle Kategorie wähle, wenn ich die Gemeinsamkeiten benennen möchte, die die Arbeit der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien in Deutschland verbinden mit der Arbeit des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration:

Wir stehen in Deutschland am Beginn einer schleichend einsetzenden, aber gewaltig sich fortsetzenden Entwicklung. Wir stehen vor einem dramatischen demografischen Wandel, der zwar in den Fach- und auch in den Massenmedien seit geraumer Zeit seinen Niederschlag findet. Eigentümlicher Weise wird dabei aber eine seiner beiden Seiten sehr stark betont, und die andere Seite bleibt eher schlecht beleuchtet und blass - und das gerade auch in den Medien, die sich den Wirtschaftsthemen widmen. Der demografische Wandel lässt sich ja gewissermaßen zerlegen in die beiden Komponenten der Alterung und der Schrumpfung. Zu Recht wird das Thema der Alterung unserer Bevölkerung und wird die Zahlen-Relation zwischen den jüngeren und den älteren Generationen in Deutschland seit geraumer Zeit heiß diskutiert. Insbesondere die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Alterssicherungssysteme war und ist Anlass für die andauernde Suche nach Lösungen für eine neue Finanzierungsbasis. (Ich will hier allerdings nicht verhehlen, dass aus meiner Sicht auch in diesen Diskussionen mitunter eine erstaunliche Einseitigkeit herrscht. Insbesondere wird in der Diskussion um die so genannte "Generationengerechtigkeit" weder die Lebensleistung noch werden die monetären und Sach-Transfers der Älteren an die Jüngeren, sei es zu Lebzeiten oder sei es auf dem Wege der Vererbung, in eine realistische Saldierung einbezogen.) Die Alterung wird also

durchaus stark diskutiert. Die Schrumpfung der Bevölkerung und insbesondere der fehlende Nachwuchs werden aber schon seltener thematisiert. In den jungen Bundesländern Ostdeutschlands ist dieses Problem schon sehr viel virulenter. Hier machen sich nicht nur die Stadt- und Raumplaner so ihre Gedanken, wie man in schrumpfenden Regionen funktionierende und lebenswerte Räume erhalten kann. Hier wird vor allem in vielen Regionen schon ganz deutlich: Auch wenn wir in Deutschland und besonders in Ostdeutschland insgesamt zu wenige Arbeitsplätze für die Menschen haben: Bei den Jungen haben wir nicht zu wenig Plätze, sondern zu wenig Menschen! Denn das, was wir in der deutschen Wirtschaftsgeschichte sehr bewusst als unsere wichtigste Ressource erfahren haben, wird trotz aller Unterbeschäftigung schon heute knapp, der Mangel wird schon heute spürbar. Es fehlt uns an den (passenden) Qualifikationen, und es fehlt uns der gut ausgebildete Nachwuchs. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat in einer Analyse der Qualifikationsstruktur über die Generationen hinweg gezeigt: Dieses Problem droht sich noch zu potenzieren. Denn bei den Jüngeren fehlt es nicht nur an der Zahl, sondern auch zunehmend wieder an den Bildungsabschlüssen. Der Anteil der Ungelernten nimmt wieder zu, der Anteil der akademisch Ausgebildeten fällt zurück. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen erfüllt auch der Ausbildungsmarkt in Deutschland seit einiger Zeit nicht mehr seine zukunftsichernde Aufgabe, die aktuelle Marktsituation der Betriebe lässt die erforderlichen Investitionen in die Zukunft als nicht leistbar erscheinen. Zum anderen erkennen wir in Deutschland auch gravierende Defizite bei der Integration. Die Integration so genannter „bildungsferner“ Schichten, die sich die Bildungsreformer der 60er und 70er Jahre vorgenommen hatten, sie hat nur teilweise funktioniert, und in einigen Bereichen sehen wir sogar Rückschläge in der Entwicklung. Und ganz deutlich werden die Defizite bei der Integration der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Es ist geradezu erschreckend, feststellen zu müssen, dass auch zum Beispiel in der zweiten und dritten Generation der ehemaligen „Gastarbeiter“ nur sehr sehr Wenige den Weg zu den höheren Bildungsabschlüssen geschafft haben. Für mich, sehr geehrte Damen und Herren, ist der Blick auf die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland eine Art Lackmustest: Was wir hier erkennbar nicht erreichen, das fehlt uns an der Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt. Und zu dieser Zukunftsfähigkeit und zur politischen und persönlichen Reife, die dafür erforderlich ist, gehört für mich ganz prioritär die Fähigkeit zur konstruktiven Kritik und zur Selbstkritik. Wer zum Beispiel im

Bereich der Zuwanderung fordert, dass die Menschen, die zu uns kommen, ihren Willen und ihre Fähigkeit zur gesellschaftlichen Integration mitbringen müssen, der hat einerseits natürlich Recht. Zu einem kritischen Zugang und zu einem reifen Umgang mit dieser komplexen Thematik der Integration gehört aber auch unabdingbar hinzu, dass beide Seiten ihren Beitrag zu dieser Leistung erbringen müssen. Wer eine solche Forderung aufstellt, der muss redlicher Weise im direkten Zusammenhang auch von der Leistung sprechen, die die bereits Ansässigen erbringen müssen, die so genannte „Aufnahmegesellschaft“. Integration - das ist immer ein wechselseitiger Prozess. Und wer beklagt, dass sich Menschen abkapseln, der muss sich auch selbst fragen: Was habe ich für den ganz praktischen Austausch und für den Kontakt miteinander getan? Wer geringe Bildungsbeteiligung beklagt, der muss auch nachdenken darüber, wie Schwellen erniedrigt oder besser ganz abgebaut werden können. Und solche Schwellen ergeben sich an vielen Stellen: Zwischen der Grundschule und dem dreigliedrigen Sekundarschulsystem, zwischen den einzelnen Zweigen dieses Systems, beim Übergang in die betriebliche Ausbildung und an einigen Stellen mehr. Hier nutze ich noch einmal das Bild vom Lackmusest: Wenn wir erkennen, was bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund förderlich ist, dann werden wir auch erkennen, was der wachsenden Zahl der Alteingesessenen hilft, denen der Einstieg in eine selbsttragende Bildungs- und Erwerbskarriere nicht mehr gelingt.

All diese Überlegungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben nicht nur ihre Bedeutung für das gesellschaftliche Miteinander und für im Wortsinn soziale Verhältnisse. Fortschritte und Erfolge auf diesen politischen Feldern haben auch eine immense wirtschaftliche Bedeutung. Und auch das gehört zu der angesprochenen Reife, die wir erlangen müssen, wenn wir sozial und in Wohlstand weiter leben wollen: die Erkenntnis, dass das Soziale und das Ökonomische kein Gegensatzpaar bilden. Natürlich kennen wir Teilbereiche, in denen mehr Flexibilität die Dynamik des Marktes stärken könnte. In den wirtschaftspolitischen Diskussionen kommt aber häufig zu kurz, was die wirtschaftlichen Kreisläufe vom anderen Ende her anregt und stabilisiert, und das ist die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Die Kosten der Betriebe, das ist die eine wichtige Frage. Die Chance der Betriebe auf Absatz, das ist die andere wichtige Frage. Und wenn ich die Zahlen richtig sehe, dann wird über diese Frage seit einiger Zeit auch gerade auf dem Binnenmarkt entschieden. Auch das muss zusammengedacht werden, auch das darf nicht einseitig beleuchtet werden: Angebot und Nachfrage sind aufeinander angewiesen.

Einfache und einseitige Rezepte bringen uns weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich nach vorne. Zukunftsfähiges Handeln braucht das ganze Bild.

Im Bereich der Zuwanderung sind wir ein gutes Stück weiter gekommen, aber auch hier fehlt uns auf dem Wege zur Zukunftsfähigkeit noch eine beträchtliche Wegstrecke. Einfache Bilder und einfache Formeln bestimmen die öffentliche Diskussion.

Eine solche Formel lautet:

„Wo jetzt schon zu viele sind, zu viele für zu wenige Arbeitsplätze, da dürfen nicht noch mehr kommen.“

Das ist die einfache, die unökonomische Sichtweise. Wer wirtschaftliche Dynamik - zum Beispiel in den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien - studiert, der weiß, dass es auf die Strukturen ankommt, der weiß, dass es auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit einen Mangel an bestimmten Fachkräften geben kann. Der weiß auch, dass ein „Mehr“ vom Richtigen über die Wertschöpfung ein „Mehr“ für alle erbringen kann. Am Ende ergibt sich ein ökonomischer Sinn aus einer Aussage, die zunächst paradox klingt: Ein „Mehr“ vom Richtigen kann dazu beitragen, dass es nicht mehr „zu viele“ sind. Denn wenn wir dringend benötigte Fachkräfte dort einsetzen können, wo sie heute noch fehlen, ergeben sich in der Folge neue Beschäftigungschancen auch für andere Qualifikationsgruppen. Fachkräftemangel, das ist nämlich ein Anzeichen für real existierende Markt- und Absatzchancen, die nicht wahrgenommen werden, weil die richtigen Leute fehlen in der Produktion und in der Entwicklung. Können diese brachliegenden Marktchancen aber wahrgenommen werden, ergeben sich Folgebedarfe an Arbeitskräften, ergeben sich zusätzliche Umsätze und Arbeitseinkommen und damit auch positive Impulse für den wirtschaftlichen Kreislauf und die Volkswirtschaft insgesamt.

Wir haben uns im Zuwanderungsrat unter anderem mit dieser Frage detailliert auseinandergesetzt, und wir werden mit unserem ersten Jahresgutachten, das wir Mitte nächsten Monats veröffentlichen, einen konkreten Vorschlag machen, wie man diesen Mangel feststellen und durch Zuwanderung geeigneter Fachkräfte angehen kann.

Nehmen wir noch eine von den einfachen Formeln:

„Wir werden Fachkräfte von außen brauchen. Aber nicht jetzt, sondern später. Zuerst müssen die eigenen Leute qualifiziert werden.“

Auch solch ein Satz leuchtet zunächst ein in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Aber auch hier ist die Welt komplexer. Die Öffentlichkeit thematisiert durchaus häufig das weltweite Migrationsgeschehen. Im Mittelpunkt stehen dabei aber meist nur die Menschen, deren Not am größten ist, Menschen die fliehen, weil ihre Heimat in Krieg und Bürgerkrieg versinkt, weil Hunger und Dürre sie vertreiben, Menschen, die fliehen, weil sie verfolgt werden oder weil die wirtschaftlichen Verhältnisse ihr Überleben nicht sichern können. Und die Zahl der Menschen, die sich aus diesen Gründen auf den Weg machen, wächst weltweit. Die weitaus meisten von ihnen wandern aber übrigens gar nicht in die reichen Länder des Nordens, sondern zwischen den Regionen innerhalb Afrikas und Asiens. Neben der Wanderung dieser bedrängten Menschen gibt es aber noch eine zweite, und das ist die weltweite Wanderung umworbener Fachkräfte. Solche Fachkräfte, das sind zum Beispiel Ingenieure und Haushaltshilfen, das sind Ärzte und Informatiker, das sind Pflegekräfte und Wissenschaftler. Und die Zahl der Länder, die solche Fachkräfte anwerben, wächst, denn natürlich hat nicht nur Deutschland dieses Problem: eine hoch entwickelte Volkswirtschaft bei schrumpfendem Nachwuchs.

Deshalb kann ein zukunftsorientiertes Handeln für den deutschen Standort nicht im Zuwarten bestehen. Wir werden nicht viel Zeit haben in diesem weltweiten Wettbewerb um gut qualifizierte Kräfte. Denn zum einen weitet sich die Zahl attraktiver Zielländer um uns herum aus. Längst haben nicht nur mehr die klassischen Einwanderungsländer einen Zugang für solche Arbeitsmigration. Was Grob- und Schwarzmalerei kaum verstehen werden: Auch gerade die neuen EU-Länder bereiten sich auf diese erwünschte Zuwanderung vor, die tschechische Republik hat gar das Auswahlssystem nach Punkten übernommen, das die Unabhängige Kommission Zuwanderung für Deutschland vorgeschlagen hatte. Denn während in Deutschland immer noch die alten Muster des Angstmachens greifen und des Warnens, haben die Menschen in den aufstrebenden Ökonomien Osteuropas weniger den Drang, nach Mittel- und Westeuropa zu wandern, sondern das gleiche Problem wie wir: dramatisch fallende Geburtenziffern und die Sorge um Nachwuchs. Und sie beantworten diese Zukunftsfragen zum Teil besser als wir. Deswegen haben wir nicht viel Zeit zu handeln. Über die wichtigste Ressource für den Standort Deutschland, über das Qualifikationspotenzial für morgen, wird heute entschieden. Mit den Mitteln der Bildungspolitik im Lande und mit den Mitteln der Zuwanderung von außen. Wir können nicht warten, bis unser Bildungssystem in Deutschland und bis auch die berufliche Fort- und Weiterbildung alle Reserven in

Deutschland mobilisiert und effektiv in den Markt gebracht hat und dann - quasi als zweiten Schritt - an Zuwanderung von außen denken. Zum einen würde es uns schwer fallen zu bestimmen, wie lange der Weg bis zur Realisierung einer solchen optimalen Bildungsvision in Deutschland wäre. Zum anderen aber läuft der internationale Wettbewerb um die besten Köpfe *jetzt* !

Wir brauchen also *beides*, und wir brauchen es *gleichzeitig*: Wir brauchen höchste Bildungsanstrengungen in Deutschland *und* eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderungspolitik.

Lassen Sie mich noch eine dritte Formel aufgreifen, die für den ökonomisch denkenden Menschen zu einfach ist und für den politischen Menschen nicht reif genug. Diese Formel lautet:

„Die demografische Schrumpfung ist viel zu groß. Ausreichende Zuwanderungszahlen sind zu utopisch. Wir müssen andere Wege suchen.“

Auch diese Sätze klingen einleuchtend

... - auf den ersten Blick!

Schon ein recht kurzes Nachdenken sollte genügen, um sich zu fragen: Wenn das Problem so groß ist - und das ist es! -, wie sollten wir es uns dann leisten, einen der möglichen Wege gar nicht zu beschreiten? Auch hier heißt es wieder: Wirtschaftlich erwünschte Effekte gibt es nicht mit einem Entweder - Oder (und schon gar nicht in einem langen Streit um den „einzig richtigen“ Weg). Kein vernünftig denkender Mensch, und arbeite er auch noch so engagiert („wie ich es versuche,“) für eine rationale Migrationspolitik, würde behaupten, dass wir mit Zuwanderung *allein* unser demografisches Problem lösen könnten. Aber wir können es eben auch nicht lösen *ohne* Zuwanderung. Die Antwort auf dieses außergewöhnlich große, aber auch außergewöhnlich berechenbare und vorausschaubare Problem liegt natürlich in einem Sowohl-als-auch. Vereinbarkeit von Familie und Beruf UND höchste Bildungsanstrengungen, Reform der sozialen Sicherungssysteme UND ökonomisch orientierte Zuwanderung, Politik zur Erhöhung der Geburten- und Bevölkerungszahl UND zur Milderung der Folgen des demografischen Schrumpfens.

Es liegt keine Zukunftsfähigkeit im Angstmachen, keine Zukunft in einfachen Formeln und keine Zukunft im Entweder-Oder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich selbst komme natürlich vom Sozialen her und von der Beschäftigung mit dem Menschen. Ich bin ganz gewiss keine Wirtschaftsfachfrau. In meiner Arbeit, die sich nun seit einigen Jahren auf die Fragen der internationalen Migration und auf die deutsche Zuwanderungspolitik konzentriert, wird mir aber stetig deutlicher, wie sehr diese Fragen des Sozialen und des Ökonomischen zusammen hängen, ja, wie sehr diese, fast möchte man sagen: schicksalhaft aufeinander verweisen.

Es gibt kein menschenwürdiges Leben ohne die ökonomische Basis. Es gibt aber auch nicht - zumal nicht in entwickelten Gesellschaften und Volkswirtschaften - einen Wohlstandskreislauf, der auf die Ressourcen des Sozialen und Humanen verzichten könnte. Im Zuwanderungsrat, dem ich vorsitze, treffen sich Experten aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen, und natürlich gibt es dabei auf viele Details durchaus auch unterschiedliche Perspektiven und unterschiedliche Standpunkte. Aber für uns alle ist es völlig einmütig klar: Zu einer rationalen, und das heißt sowohl zu einer stärker ökonomisch gesteuerten, aber auch zu einer deutlich offeneren Zuwanderungspolitik für Deutschland gibt es keine Alternative.

In der breiten politischen Debatte und in den politischen Mehrheiten der Gesetzgebung hat sich diese Erkenntnis noch nicht konsequent durchgesetzt. Und in der wirtschaftspolitischen Debatte scheinen häufig die Einzel- und Gruppeninteressen zu überwiegen, und sie scheinen das Interesse an der nachhaltigen Sicherung des Wirtschaftens zu überlagern. Wir sind froh darüber, dass mit dem nach langer Debatte endlich beschlossenen Zuwanderungsgesetz ein wichtiger Schritt am Beginn unseres Weges gemacht ist. Aber die nächsten Schritte müssen folgen, auch und gerade im wirtschaftlichen Interesse des Landes.

Lassen Sie mich nun zum Abschluss noch einmal näher auf den Anlass zurückkommen, der Sie zur Feier eines Jubiläums - neben der wichtigen Funktion einer Hauptversammlung - gebracht hat und der mir das Vergnügen bereitet zu Ihnen zu sprechen.

Die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien in Deutschland stehen nicht nur in ihrer langen Tradition, sondern mehr noch in ihren Aufgaben und in ihren Zielen für ein Wesenselement der Sozialen Marktwirtschaft. Sie schaffen *Know-how* an der Nahtstelle zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Auch hier wird in verkürzten Diskussionen ja

viel zu häufig ein Schein-Gegensatz konstruiert: der Gegensatz zwischen Staat und Markt. Wer etwas genauer hinschaut, der wird sowohl in beiden Bereichen schnell auf Elemente des Versagens stoßen, aber auch auf Schaltstellen gegenseitiger konstruktiver Abhängigkeit. Und für das *effektive* Handeln, das immer auch ein *effizientes* Handeln sein muss, gelten die Maximen des ökonomischen Denkens genauso wie des organisatorischen. (Und nebenbei: beide scheinen ihre Wirkung zu verlieren, wenn ihr Handlungsraum, heiße er nun Betrieb oder Verwaltung eine kritische Größe überschreitet.) Sie haben diese Kernkompetenzen von Beginn an zusammengebracht. Sie haben aber auch ein ganz wesentliches Angebot für eine Soziale Marktwirtschaft gemacht, ich meine das Angebot des so genannten „Zweiten Bildungsweges“, das Angebot der Investition in die eigene, ganz persönliche Zukunftsfähigkeit ihrer Studenten durch kontinuierliche Bildung. Das lebenslange Lernen, das so gerne im Zusammenhang mit den modernen Entwicklungen des strukturellen und des globalen Wandels gebracht wird, ist so neu ja gar nicht. Es war immer lohnend, es war immer notwendig für zukunftsorientiertes Handeln, auch wenn sich manche Prozesse im Zeitablauf beschleunigt haben mögen. Sie haben aber auch als Institution in die eigene Zukunftsfähigkeit investiert und sich gewandelt: Sie haben duale Studienwege für Abiturienten geschaffen und mit den *MBA*-Abschlüssen auch ein internationales Angebot gemacht. Deshalb haben Sie allen und haben Sie guten Grund, heute zu feiern und auf das Geleistete mit Stolz zurück zu blicken.

Sie wissen aber auch, dass ich es mir, genau wie Sie, nicht gerne allzu lange zu bequem mache. Und so will ich zum Schluss meiner Ausführungen noch einige kritische Ableitungen für Ihre Arbeit versuchen aus dem, was ich vorgetragen habe. Wenn es stimmt, dass die Integration von Migranten eine Art Lackmustest darstellt auf Zukunftsfähigkeit, dann wäre es auch für die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien ein lohnender Prüfstein zu fragen: Wie viele Migranten haben wir in unseren Reihen - wie viele bei unseren Studierenden, wie viele bei unseren Absolventen, wie viele auch bei unseren Lehrenden? Und wenn es nicht hinreichend viele sein sollten, dann würde die Frage folgen: Welche Gruppen von Bildungswilligen sprechen wir an und welche nicht? Und *warum* fühlen sich manche weniger angesprochen als andere? Und wenn die Kompetenzen der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien für das Zukunftsprojekt Deutschland konzentriert genutzt werden sollen, dann wäre auch zu

überlegen: Wie können die Akademien zu mehr interkultureller Kompetenz inhaltlich beitragen, wie die Verbreitung des *Diversity Management* vorantreiben, gerade auch in den kleineren und mittleren Betrieben, die so erfreulich stark bei Ihren Partnerunternehmen vertreten sind? Wie auch kann die Öffnung der staatlichen Verwaltung und des wachsenden Sektors in *public-private partnership* für einen höheren Anteil an Migranten gefördert werden? Und welche Strategien zur Sicherung der Humanressourcen müssen künftige Verantwortliche in Betrieben und Verwaltungen konzentriert verfolgen? Sie sind selbst die Expertinnen und Experten für all diese Fragen. Es werden Ihnen sicher noch zahlreiche weitere Zukunftsfragen einfallen. Und ich bin sicher, dass Sie sich ihnen stellen werden.

Lassen Sie uns gemeinsam unseren Beitrag leisten, um dieses Land aus der immer noch vorherrschenden ängstlichen Abwehr in eine Haltung zu bewegen, die vom Vertrauen auf eine gelingende Zukunft bestimmt wird!